

---

# Komplizen der Bereicherung

## Wie extreme Vermögensungleichheit Demokratie und Wettbewerb gefährdet

---

Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst seit Jahrzehnten und erreicht inzwischen demokratiegefährdende Ausmaße. Dabei droht die neoliberale Ökonomisierung der Politik in eine autoritäre Politisierung der Ökonomie zu kippen, die nicht nur die Demokratie, sondern auch den Wettbewerb untergräbt. Auch aus wirtschaftsliberaler und konservativer Sicht ist die Einführung von Vermögenssteuern daher dringend geboten.

Von MIGUEL DE LA RIVA

---

Während die Vermögensungleichheit zwischen den Staaten in den vergangenen Jahrzehnten abgenommen hat, wird sie innerhalb der Länder immer extremer. Die Statistiken sind bekannt: Laut der Milliardärsliste des Magazins »Forbes« verfügten im Jahr 2022 die fünf reichsten Personen der Welt über ein Vermögen von 795 Mrd. US-Dollar. Die Liste wurde seinerzeit erstmals von Elon Musk angeführt, der nun aber allein schon auf rund 800 Mrd. US-Dollar kommt - sein Vermögen hat sich inzwischen in etwa vervierfacht. Obwohl sie massiv davon profitieren, beteiligen sich Vermögende wie Musk jedoch kaum an der Finanzierung des Gemeinwesens, da sie ihr Geld in Form niedrig besteuerteter Vermögenserträge verdienen. Stattdessen können Milliardäre ihr Vermögen dazu nutzen, Soziale Netzwerke in Propaganda- und Polarisierungsmaschinen zu verwandeln oder hunderte Millionen Dollar an die Kampagne Donald Trumps oder anderer, diesem wohlgesonnenen Kandidaten, zu spenden.

Dass die Vermögenskonzentration inzwischen demokratiegefährdende Ausmaße erreicht hat, muss beim Anblick der aufgereihten Tech-Milliardäre und CEOs bei Trumps Amtseinführung noch dem Letzten klar geworden sein. Wer dachte, extrem Vermögende und Unternehmenslenker würden die Demokratie eher stabilisieren, weil sie sich zuvor für Diversität und Inklusion starkgemacht hatten, wurde vom Ausmaß ihres vorauseilenden Gehorsams eines Besseren belehrt. Kniefälle in Mar-a-Lago und Goldgaben im Oval Office rufen eher die Ereignisse der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Erinnerung, als Industrielle mit faschistischen Führern paktierten. Finanzstarke Lobbyorganisationen, grenzenlose Kampagnenspenden und die Konzentration alter wie neuer Medien in den Händen weniger schwächen immer offenkundiger die Selbstkorrekturmechanismen der US-Demokratie.

Die Vermögenskonzentration hat damit einen Punkt erreicht, an dem sie von einer neoliberalen Ökonomisierung der Politik in eine autoritäre Politisierung der

---

**MIGUEL DE LA RIVA,**  
*geb. 1991 in Köln, ist Doktorand der Philosophie an der Universität Wien und freier Journalist.*

---

Ökonomie zu kippen droht, wie man sie aus den extrem ungleichen und wirtschaftlich ineffizienten Diktaturen dieser Welt kennt. Das wechselseitige Ermöglichungsverhältnis, das Milliardäre wie Musk und rechte Führer wie Trump miteinander eingehen, ist nicht mehr Ausdruck eines staatsfeindlichen Marktradikalismus, sondern einer marktverzerrenden wirtschaftlichen Ausbeutung des Staates einerseits und einer autoritären politischen Kapitalisierung der Wirtschaft andererseits. Dabei versuchen Kleptokraten<sup>1</sup> den Staat durch Steuerschonung, eine lasche Kartell- und Korruptionsaufsicht oder auf die eigenen Interessen zugeschnittene Marktregulierung dazu zu nutzen, den fairen Wettbewerb auszusetzen und sich auf Kosten anderer zu bereichern. Autoritäre und Rechtsextreme verkaufen ihnen dazu bereitwillig die eigene Bevölkerung, um sich neben Kampagnenspenden und Komplizenschaft bei der Konsolidierung autokratischer Macht auch ein Stück erraubten Reichtums zu sichern.

### **Autoritarismus und Rechtsextremismus als Klassenprojekt**

Musk ist eben kein antietatistischer Libertärer, sondern er profitiert durch Subventionen und Staatsaufträge massiv von Steuergeld, während er zugleich versucht, die Spielregeln durch politisches Engagement zu seinen Gunsten zu verändern.<sup>2</sup> Ebenso ist Trump kein marktradikaler Tea-Party-Republikaner, der glaubt, jegliche staatliche Eingriffe schwächen die Effizienz und Innovationskraft von Märkten. Vielmehr sieht er die Wirtschaft als Feld und Mittel autokratischer Gewaltausübung, wie sich nicht zuletzt an den willkürlich nach außen gegen andere Länder, aber auch nach innen gegen bestimmte Branchen und Unternehmen als Druckmittel eingesetzten Zöllen zeigt.<sup>3</sup> Aber auch die regressiven Verteilungsdynamiken der »One Big Beautiful Bill« sind wohl eher als Klientelbewirtschaftung denn als Ausdruck von Staatsskepsis zu verstehen, steigt die Trump-Regierung doch munter bei Privatunternehmen wie Intel ein. Und schließlich zeigt auch das persönliche Agieren des US-Präsidenten und seiner Familie, deren Ver-

---

»Auch in Deutschland und Österreich erweisen sich Autoritarismus und Rechtsextremismus zunehmend als von oben vorangetrieben.«

---

mögen seit Trumps Rückkehr ins Weiße Haus um hunderte Millionen Dollar angewachsen ist, dass er nicht glaubt, man verdiene Geld, indem man sich im Wettbewerb durchsetzt, sondern indem man es anderen wegnimmt.<sup>4</sup>

Was in den USA in aller Radikalität entfesselt wurde, ist auch in Deutschland und Österreich nicht mehr zu übersehen. Auch hier erweisen sich Autoritarismus und Rechtsextremismus zunehmend als von oben vorangetriebenes Klassenprojekt statt bloß als spontane Zorneseruption von unten: Unternehmer aus Branchen wie Bürobedarf, Medizinsoftware oder Molkereiprodukten spenden an solche Parteien, unterstützen deren Kandidaten oder alimentieren Hassmedien einer autoritär-rechtsex-

1 Siehe Alexander Cooley und Daniel Nexon, Geopolitische Macht, privater Gewinn: Das Zeitalter der Kleptokratie, in: »Blätter«, 5/2026, S. 53-62.

2 Vgl. Quinn Slobodian und Ben Tarnoff, Muskismus. Aufstieg und Herrschaft eines Technoking, Berlin 2026.

3 Viele der von Trump verhängten Zöllen hat der US-Supreme Court im Februar für rechtswidrig erklärt.

4 The Editorial Board, How Trump Has Pocketed \$1,408,500,000, nytimes.com, 20.1.2026.

---

tremen Gegenöffentlichkeit. Während die österreichische Industriellenvereinigung nach der Nationalratswahl für eine Koalition unter Führung der FPÖ warb, öffnete sich der deutsche Verband »Die Familienunternehmer« im vergangenen November zwischenzeitlich für Gespräche mit der AfD. Auch die Vermögensungleichheit ist hierzulande nicht wesentlich geringer als in den USA: In der Bundesrepublik besitzen allein zwei Familien so viel wie die Hälfte der Deutschen (sprich: 42 Millionen Menschen), wobei die Situation gegenüber den USA insofern sogar noch rückschrittlicher erscheint, als dass mehr als die Hälfte aller Vermögen leistungslos ererbt werden, bei Milliardenvermögen sogar in vier von fünf Fällen. Martyna Linartas stellt aufgrund solcher Fakten zu Recht fest, dass wir damit keine Leistungsgesellschaft mehr sind, sondern eine Erbesgesellschaft.<sup>5</sup>

So kann kaum überraschen, dass die Diskussion um vermögensbezogene Steuern an Fahrt aufnimmt und in Deutschland und Österreich vor allem über Erbschaftssteuern diskutiert wird. Tatsächlich gäbe es für solche Steuern große Zustimmung: Einer aktuellen ARD-Umfrage zufolge befürworteten mittlerweile 64 Prozent der Deutschen die Einführung einer Vermögenssteuer, darunter auch sechs von zehn Unionsanhängern. Eine Anhebung der Erbschaftsteuer auf hohe Erbschaften halten 61 Prozent der Deutschen für richtig.<sup>6</sup> Die SPD hat im Januar denn auch ein Reformkonzept vorgelegt, das höhere Freibeträge für Vermögen von bis zu einer Mio. Euro und weniger Ausnahmen für darüberhinausgehende Vermögen vorsieht. In Österreich hat sich SPÖ-Finanzminister Markus Marterbauer dafür ausgesprochen, die dort 2008 abgeschaffte Erbschaftsteuer wieder einzuführen und auf Bluesky sogar das Buch »Reichensteuer« des französischen Ökonomen Gabriel Zucman<sup>7</sup> empfohlen. Dessen Vorschlag einer Mindeststeuer von jährlich zwei Prozent auf alle Vermögen über 100 Mio. US-Dollar hatte die Pariser Nationalversammlung im Februar 2025 sogar angenommen, der französische Senat lehnte ihn später aber ab. Selbst in den USA kommt Bewegung in die Debatte - dort wird in Kalifornien am 3. November über eine einmalige Abgabe von fünf Prozent auf Milliardärsvermögen abgestimmt.

### **Nullsummendenden und Besitzstandswahrung**

Viele Erwägungen sprechen für die Einführung oder Erhöhung solcher Steuern - vom grotesken Missverhältnis zwischen klammen öffentlichen Haushalten und immer unermesslicherem privaten Reichtum in den Händen weniger bis hin zur Tatsache, dass extrem Vermögende auch noch steuerliche Privilegien genießen, weil Einkommen aus Arbeit viel höher besteuert werden als passive Einkommen etwa aus Erbschaften oder Kapitalerträgen. Die Forderung nach Vermögenssteuern wird dabei zumeist mit Werten wie Gleichheit, Solidarität und Verteilungsgerechtigkeit begründet - und das völlig zu Recht. Weil in Berlin und Wien echte Reformen bislang jedoch am Widerstand konservativer und wirtschaftsliberaler Parteien scheitern, soll hier eine Begründung mit Rekurs auf die in diesen Parteifamilien vorherrschenden Werte entwickelt werden: Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, die Honorierung von Leistung und unternehmerischer Initiative sowie Wettbewerb, Innovation und Wirtschaftswachstum.

---

5 Martyna Linartas, Unverdiente Ungleichheit. Wie der Weg aus der Erbesgesellschaft gelingen kann, Hamburg 2025.

6 Vgl. Mehrheit hält Wohlstand für ungerecht verteilt, tagesschau.de, 27.4.2026.

7 Gabriel Zucman, Reichensteuer. Aber richtig!, Berlin 2026.

---

Wenn mehr und mehr der Zufall der Geburt über Lebenschancen entscheidet und sozialer Aufstieg schwieriger wird, steigt die Bedeutung von Herkunft gegenüber Leistung.<sup>8</sup> Der Verlauf des eigenen Lebens wird dann zunehmend als schicksalhaft wahrgenommen, nicht als Resultat eigener Anstrengungen. Wo sich das Vermögen in immer weniger Händen konzentriert, erleben auch in eigentlich reicher werdenden Gesellschaften viele Menschen einschneidende Knappheit und erbarungslosen Konkurrenzkampf – sei es bei grundlegenden Gütern wie Wohnraum, bei auskömmlicher Arbeit oder öffentlichen Leistungen wie Mobilität, Gesundheitsvorsorge, Bildung oder Verwaltung. Das begünstigt Gefühle von Ohnmacht und Kontrollverlust ebenso wie ein Nullsummendenden, in dem der Gewinn einer Person immer als Verlust einer anderen erscheint<sup>9</sup> – Geisteshaltungen, die Autoritäre und Rechtsextreme nutzen, um Verteilungskonflikte zwischen oben und unten in solche von Zugehörigen und Fremden umzudeuten.

Angesichts der Dominanz der Interessen Wohlhabender in Politik und Medien verschiebt sich auch die veröffentlichte Aufmerksamkeit von Investitionen in eine gemeinsame Zukunft hin zur Besitzstandswahrung einiger weniger. Das zeigt sich auch an Bestrebungen, die Gesellschaft in eine anhaltende Abhängigkeit von fossiler Energie zu treiben, die geopolitisch wie ökonomisch offensichtlich irrational ist und der viel beschworenen »Technologieoffenheit« eklatant widerspricht. Nicht nur auf diesem Feld werden in Deutschland und Österreich ideologische Nebelkerzen geworfen, um den Wert kurzfristiger fossiler Investitionen zu sichern. Dabei wird dieser nicht etwa durch grünes Gutmenschenum oder rote Umverteilungsbegehrlichkeiten gefährdet, sondern durch den technologischen Fortschritt und die marktwirtschaftliche Wettbewerbsdynamik selbst.

### **Wider den ökonomischen Royalismus**

Das zeigt: Die Macht, die einer kleinen Rentiersklasse bei extremer Vermögensungleichheit unweigerlich zufließt, wirkt als Innovations- und Wachstumsbremse, verzerrt die Spielregeln des fairen Wettbewerbs und führt so letztlich zu wirtschaftlicher Ineffizienz. Darum gibt es gerade auch für prinzipienfeste Wirtschaftsliberale gute Gründe, extreme Vermögensungleichheit abzulehnen: Selbst wenn ein gewisses Maß an Ungleichheit gesamtgesellschaftlich nützlich sein sollte, weil so Wettbewerb, Innovation und Wachstum entfesselt werden und sich dadurch der zu verteilende Kuchen vergrößert, sollten sie doch ein Ausmaß an Vermögenskonzentration ablehnen, welches einzelnen Akteuren derart viel Macht verleiht, dass diese Geld verdienen können, indem sie es anderen wegnehmen. Schon Adam Smith war der Ansicht, dass in einem konsequent verwirklichten Wettbewerb Profite niedrig, Löhne hoch und Vermögen in etwa gleich verteilt sein sollten.<sup>10</sup> Ein Wirtschaftsliberalismus, der noch nicht zu einer Rentiersideologie oder einem Vermögensaristokratismus degeneriert ist, sollte extreme Reichtumskonzentration und die sie ermög-

---

8 Vgl. etwa die Berichterstattung über eine Studie des Münchner ifo Instituts, der zufolge sozialer Aufstieg in Deutschland schwieriger wird, so z.B. Johannes Pennekamp, »Aufstiegsversprechen ade! Es wird dir nicht besser gehen als deinen Eltern«, faz.net, 5.9.2025.

9 Vgl. etwa die Metastudie von Shai Davidai, Economic Inequality Fosters the Belief That Success Is Zero-Sum, Personality and Social Psychology Bulletin, 6/2025, S. 1030-1046.

10 Vgl. etwa Deborah Boucoyannis, The Equalizing Hand: Why Adam Smith Thought the Market Should Produce Wealth Without Steep Inequality, in: »Perspectives on Politics«, 4/2013, S. 1051-1070.

---

lichenden dauerhaft hohen Profite darum gerade nicht als Ausweis wirtschaftlichen Erfolgs werten, sondern als das Ergebnis eines unzureichend verwirklichten Wettbewerbs, in dem sich einige wenige durch wettbewerbsverzerrende Macht leistungslos auf Kosten anderer bereichern und dadurch Wachstum, Effizienz und Innovation im Weg stehen. In Märkten mit funktionierendem Wettbewerb sind Gewinnmargen niedrig, werden etablierte Platzhirsche regelmäßig durch innovativere Neueinsteiger verdrängt und Produkte für Kunden immer günstiger. Aus dieser Perspektive erscheinen gerade die großen US-Techkonzerne als Meister der Wettbewerbsvermeidung und unvergüteten Aneignung der Leistung anderer - von der Ausbeutung ihrer Monopolstellungen bis hin zur kostenlosen Nutzung des kulturellen Erbes der Menschheit als Trainingsmaterial für KI-Anwendungen.

Mit Blick auf die Folgen des Klimawandels zeigt das Beispiel der Festschreibung fossiler Abhängigkeiten aber auch: Mit extremer Vermögenskonzentration kommt es zur Privatisierung einer offenen und gestaltbaren Zukunft, die Individuen wie Gesellschaft entzogen und zum Erbprivileg eines immer kleineren Kreises von Familien wird. Gesellschaften mit extremer Vermögenskonzentration befinden sich in der Geiselhaft ihrer eigenen Vergangenheit.<sup>11</sup>

Man fühlt sich geradezu in die Zeit der ständischen Vormoderne zurückgeworfen, in der sich von toten Geschlechtern geschaffene und von späteren bloß vorgefundene Verhältnisse über den Kopf der Menschen hinweg fortschrieben. Wo vererbte Standesgrenzen undurchlässig bleiben, wird die Gleichheit der Menschen wie im Ancien Régime wieder stärker an ihrer Sterblichkeit festgemacht und nicht wie seit der Französischen Menschen- und Bürgerrechtserklärung vom August 1789 daran, dass sie gleich geboren werden.<sup>12</sup> Daher war es folgerichtig, dass US-Präsident Franklin D. Roosevelt in einer Rede am 27. Juni 1936 in Philadelphia gegen »economic royalists« und die »privileged princes« der neuen Vermögensdynastien mobilisierte - und damit den Kampf gegen extreme Vermögensungleichheit in eine Linie mit der uramerikanischen Auflehnung gegen tyrannische Monarchen stellte. Mehrfach stellte Roosevelt extreme Vermögenskonzentration dabei als etwas dar, was dem »American system of initiative and profit« - dem amerikanischen System von Initiative und Profit - und damit der Honorierung von Leistung und unternehmerischer Initiative im Wege stünde.

### **Rückbesinnung auf den Wert von Arbeit**

Eine schicksalhafte Verewigung der Vergangenheit, wie sie vererbte Tyrannei und vererbte Vermögenskonzentration gemeinsam haben, widerspricht dem Geist libe-

---

»Gesellschaften mit extremer Vermögenskonzentration befinden sich in der Geiselhaft ihrer eigenen Vergangenheit.«

---

11 Vermögenskonzentration wird im Kontext der Vergangenheitsbewältigung bislang kaum thematisiert, obwohl viele Milliardenvermögen in Deutschland und Österreich auch auf »Arisierung«, Zwangsarbeit oder Materiallieferung für Angriffskrieg der Nazis zurückgehen. Eine zu Ende gedachte Verantwortung vor der Geschichte kann nicht hinnehmen, dass durch NS-Gewalt geschaffene Verhältnisse in dieser Form bis heute fortbestehen.

12 Und selbst diese Gleichheitsvorstellung als Sterbliche, die mit horrender Ungleichheit vor dem Tod vereinbar ist, empfinden manche offenkundig als narzisstische Kränkung und suchen mit Investitionen in fragwürdige »Technologien« noch die eigene Sterblichkeit zu überwinden.

---

raler Demokratien, in denen alle Verhältnisse im Rahmen garantierter Grundrechte immer wieder neu verhandelt werden. Die Vermögensverteilung zählt dazu, denn sie hat sich nicht aufgrund von Schicksal oder höherer Gewalt, sondern aufgrund von politisch gewollten Rahmenbedingungen eingestellt. Bei Vermögen handelt es sich nicht um eine konkrete Sache wie Getreide oder Wasser, von dem manche viel und manche wenig in ihren Speichern haben, sondern um ein soziales Verhältnis, eine Transferinfrastruktur, eine Lizenz zur Aneignung der Früchte der Arbeit anderer. Vermögen ist nicht einfach Eigentum an Dingen, sondern ein Besitztitel auf von anderen in Zukunft erwirtschaftete Erträge, etwa künftige Unternehmensgewinne im Falle von Unternehmensanteilen, künftige Mietzahlungen im Falle von Immobilien-eigentum, künftige Steuereinnahmen im Falle von Staatsanleihen.

Eigentumsverhältnisse ihres schicksalhaften Schleiers zu entkleiden und demokratisch verhandelbar zu machen, kann nicht ohne die Rückbesinnung auf den Wert von Arbeit gelingen. Vermögende müssen stärker an den Kosten des Gemeinwesens beteiligt werden, ohne welches sie nie zu Reichtum gekommen wären. In diesem Sinne brauchen wir vermögensbezogene Steuern schon allein deshalb, um die von multiplen Krisen gebeutelten öffentlichen Haushalte aufzubessern und ein Gefühl dafür wiederherzustellen, dass alle ihren gerechten Beitrag leisten. Ein »Grunderbe« als Mittel zur Verallgemeinerung von Assetbesitz, welches Linartas als »Wunderwaffe gegen die Ungleichheit« bezeichnet, erscheint demgegenüber weniger erfolgversprechend. Ganz zu schweigen davon, dass so ein Grunderbe an später im Leben zuwandernden Personen vorbeiginge, verbleibt dieses Konzept offenkundig im Rahmen einer neoliberalen, die Primärverteilung nicht antastenden Sozialpolitik. Überdies ist fraglich, ob sich für Vermögenssteuern mit dem Ziel der Bereitstellung leistungsloser Transfers jemals Mehrheiten werden erringen lassen, so effektiv dies rein mathematisch als Mittel der raschen Ungleichheitsreduktion auch wäre.

Gute Löhne bleiben darum entscheidend, um Wohlstand zu verallgemeinern und Menschen die Gestaltungsspielräume zu eröffnen, in denen sie sich als Autoren ihrer eigenen Lebensgeschichte sehen. Und eine Mehrheit für Vermögenssteuern lässt sich am ehesten dann erreichen, wenn sie der Entlastung von Arbeitseinkommen dienen. Darum sollte nicht nur über Steuern und Transferleistungen, sondern auch darüber diskutiert werden, wie sich der Anteil der Löhne an der Wirtschaftsleistung gegenüber dem der Unternehmensgewinne wieder stärken lässt.<sup>13</sup> Obwohl hohe Einkommensungleichheit ebenfalls Probleme mit sich bringt, macht Bundeskanzler Friedrich Merz einen nachvollziehbaren Punkt geltend, wenn er sagt, »die Zitrone« sei »ziemlich ausgequetscht«, weil auch Menschen mit hohem Einkommen nicht mehr als die Hälfte durch Steuern und Abgaben verlieren sollten. Wer sich für die steuerliche Entlastung von Arbeitseinkommen starkmacht, sollte dann aber umso bereitwilliger leistungslose Vermögenserträge und Zuflüsse wie Erbschaften besteuern und Anstoß daran nehmen, dass in kaum einem Land der Welt das Missverhältnis von hohen Steuern auf Arbeit und niedrigen Steuern auf Vermögen so groß ist wie in Deutschland oder Österreich. In diesem Sinne ist es fatal, dass in Deutschland unter dem Begriff »Reichensteuer« landläufig nur eine Steuer auf hohe

---

13 Sollten wir tatsächlich vor technologieinduzierten Arbeitsplatzverlusten stehen, wäre diese Frage nur umso dringlicher, denn nur wenn Produktivitätsgewinne durch Lohnsteigerungen rückverteilt werden, lassen sie als Nachfrage nach neuen Dienstleistungen und Produkten wieder neue Arbeitsplätze entstehen.

---

Einkommen verstanden und die Möglichkeit einer Besteuerung extremer Vermögen in vielen Diskussionen erst gar nicht erwogen wird. Im Gegensatz zu Spitzenvermögen geht selbst mit absoluten Spitzeneinkommen auch keine demokratiefördernde oder wettbewerbsverzerrende Macht einher.

### **Vom Vermögenserhalt zum Vermögensaufbau**

Um Arbeit gegenüber Vermögen wieder mehr Geltung zu verleihen - sowohl in wirtschaftlichem, aber auch in politischem, sozialem und kulturellem Sinne -, wäre nicht nur an die Stärkung gewerkschaftlicher Organisation zu denken, was allein noch zu sehr im nationalen Paradigma verbliebe. Vielmehr gilt es in einer globalisierten Welt, wie bei Steuern, so auch bei Löhnen und Arbeitsbedingungen einem ruinösen Unterbietungswettbewerb einen Riegel vorzuschieben. Gerade jetzt, da die Diversifizierung von Handelsbeziehungen in aller Munde ist, wäre die Gelegenheit günstig, um das Gewicht des weltgrößten Konsumentenmarktes und das normative Beispiel der rechts- und sozialstaatlichen Demokratien Europas zur Durchsetzung von Arbeitsschutzstandards und Menschenrechten zu nutzen. Um die strategische Unabhängigkeit und den Wohlstand Europas in einer unsicherer werdenden Welt zu schützen, wäre die Belebung der notorisch schwachen Binnennachfrage wohl noch wichtiger als die Schließung neuer Freihandelsabkommen.

Eine solche Perspektive sollte maßvolle Vermögen nicht dämonisieren und nach Kräften fördern, dass sich Menschen ein Eigenheim, eine Altersvorsorge, ein Polster für Notfälle und Ersparnisse für die Ausbil-

dung von Kindern anlegen können. So wichtig es ist, Rentiers und Vermögenserben an der Finanzierung des Gemeinwesens stärker zu beteiligen, von dem sie so massiv profitieren, sollten vermögensbezogene Steuern darum mit großzügigen Freibeträgen versehen werden. Weil sie nicht unternehmerischer Initiative, sondern extremer Vermögens- und Machtkonzentration entgegenwirken sollen, muss auch nach Lösungen für kleine, von einzelnen Familien getragene Traditionsbetriebe gesucht werden - was aber wiederum nicht zur Verklärung der Erben von millionen- und milliardenschweren Konzernen als »Familienunternehmer« führen darf.<sup>14</sup> Dazu müsste sich der Akzent in der politischen Debatte vom Vermögenserhalt zum Vermögensaufbau, von der Begünstigung von Kapitalerträgen zu jener von Arbeitseinkommen verschieben. Die Interessen derjenigen, die sich im Laufe des Berufslebens ein Eigenheim und ein paar Hunderttausend zusammensparen wollen, sind eben nicht identisch mit jenen, die versuchen, Millionen- und Milliardenvermögen zu vermehren - auch wenn diese nach Kräften versuchen, das Gegenteil zu suggerieren.

Für Deutschland und Österreich verbindet sich mit der Einführung von Vermögenssteuern die Chance auf eine veritable Revitalisierung der Demokratie. Einerseits handelt es sich um ein Thema mit echtem gesellschaftlichem Transformationspoten-

---

»Die Interessen von  
Eigenheimspargern sind  
nicht identisch mit  
denen von Millionären  
und Milliardären.«

---

<sup>14</sup> Der Erfolg solcher Unternehmen hängt nicht davon ab, ob sie im Eigentum einer bestimmten Familie oder Person bleiben. Erben ist durchaus zumutbar, Steuern aus laufenden Erträgen oder durch den Verkauf von Anteilen zu begleichen.

zial, mit dem die Politik ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen könnte. Durch Entlastung von Arbeitseinkommen und mehr Geld für Zukunftsinvestitionen könnten Vermögenssteuern zu einer spürbaren Verbesserung von Lebensstandards und einer Aufbesserung öffentlicher Haushalte führen. Andererseits sind Vermögenssteuern aber auch ein Thema, das es politisch heterogenen Bündnissen - wie sie in Berlin und Wien absehbar erforderlich bleiben, um Autoritäre und Rechtsextreme von Regierungssämtern fernzuhalten - erlauben, sowohl Kompromissfähigkeit als auch individuelles Profil zu zeigen. Wirtschaftsliberale, die für Wettbewerb und Effizienz werben, Konservative, die das Leistungsprinzip und den Wert von Vermögensaufbau hochhalten, und Progressive, die auf Solidarität und Gerechtigkeit bedacht sind, haben hier eine Chance, gemeinsam darauf hinzuwirken, dass Menschen von ihrer Leistung wieder besser leben und sich mit dieser etwas aufbauen können. Wie die Inflationsschübe der vergangenen Jahre gezeigt haben, zerstört kaum etwas so viel Vertrauen in die Demokratie wie die Stagnation oder Entwertung von Löhnen, zumal wenn die Gesellschaft insgesamt immer reicher wird. Dieses Vertrauen wird nur dann wiederzugewinnen sein, wenn das Versprechen wieder glaubwürdiger wird, dass eine Person, die nichts als ihre Arbeitskraft besitzt, nicht in Armut oder Furcht leben muss. Dazu müsste in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft das relative Gewicht von Einkommen gegenüber Vermögen, von Leistung gegenüber Herkunft, von Zukunft gegenüber Vergangenheit wieder steigen. Die Beendigung einer grotesken Steuerschonung leistungsloser Zuflüsse kann dazu nur ein Anfang sein. ◻

Anzeige



## Autokratien im Vergleich

Uwe Backes

### Autokratien

2., vollständig aktualisierte Auflage

2026, 238 S., brosch., 24,90 €

ISBN 978-3-7560-3380-5 | E-Book 978-3-7489-6343-1

(Studienkurs Politikwissenschaft)

Das Lehrbuch führt umfassend in die Funktions- und Entwicklungsbedingungen nicht-demokratischer Regime ein. Es breitet die Ergebnisse der internationalen Autokratieforschung aus, macht mit deren Konzepten und Methoden vertraut, informiert über die Typen der Autokratie und beleuchtet deren Stabilitätsbedingungen.

Digital verfügbar auf [Inlibra.com](https://www.inlibra.com)

Bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter [nomos-shop.de](https://www.nomos-shop.de)



Nomos